

## Bundesrecht konsolidiert

### Kurztitel

Gerichtsorganisationsgesetz

### Kundmachungsorgan

RGBl. Nr. 217/1896 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2012

### Typ

BG

### §/Artikel/Anlage

§ 89a

### Inkrafttretensdatum

01.05.2012

### Außerkrafttretensdatum

### Abkürzung

GOG

### Index

14/02 Gerichtsorganisation

### Text

#### **Elektronische Eingaben und Erledigungen (elektronischer Rechtsverkehr)**

**§ 89a.** (1) Eingaben können, soweit dies durch eine Regelung nach § 89b vorgesehen ist, statt mittels eines Schriftstücks elektronisch angebracht werden.

(2) Anstelle schriftlicher Ausfertigungen gerichtlicher Erledigungen sowie anstelle von Gleichschriften von Eingaben, die elektronisch angebracht worden sind, kann das Gericht die darin enthaltenen Daten an Einschreiter, die Eingaben elektronisch anbringen (Abs. 1), auch elektronisch übermitteln. Die Übermittlung von Rubriken an den Einbringer kann bei elektronischen Anbringen unterbleiben.

(3) Ist die Zustellung im elektronischen Rechtsverkehr nach den folgenden Bestimmungen nicht möglich, kann sie auch über elektronische Zustelldienste nach den Bestimmungen des 3. Abschnitts des Zustellgesetzes, BGBl. Nr. 200/1982, in der jeweils geltenden Fassung erfolgen.

### Im RIS seit

20.04.2012

### Zuletzt aktualisiert am

21.04.2015

### Gesetzesnummer

10000009

### Dokumentnummer

NOR40137949

### European Legislation Identifier (ELI)

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89a/NOR40137949>

### Kurztitel

Gerichtsorganisationsgesetz

### Kundmachungsorgan

RGBl. Nr. 217/1896 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/2005

**Typ**

BG

**§/Artikel/Anlage**

§ 89b

**Inkrafttretensdatum**

01.01.2006

**Außerkrafttretensdatum**

**Abkürzung**

GOG

**Index**

14/02 Gerichtsorganisation

**Text**

**§ 89b.** (1) Der Bundesminister für Justiz hat nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten sowie unter Bedachtnahme auf eine einfache und sparsame Verwaltung und eine Sicherung vor Mißbrauch

1. die Eingaben zu bestimmen, die elektronisch angebracht werden dürfen,
2. die gerichtlichen Erledigungen zu bestimmen, deren Inhalt anstatt in der Form schriftlicher Ausfertigungen elektronisch übermittelt werden darf.

(2) Die nähere Vorgangsweise bei der elektronischen Übermittlung von Eingaben, Beilagen und Erledigungen ist durch Verordnung des Bundesministers für Justiz zu regeln. Dazu gehören insbesondere die zulässigen elektronischen Formate und Signaturen, die Regelungen für die Ausgestaltung der automationsunterstützt hergestellten Ausfertigungen einschließlich der technischen Vorgaben für die elektronische Signatur der Justiz (§ 89c Abs. 3) und deren Überprüfung (§ 89c Abs. 4). In der Regelung kann vorgeschrieben werden, dass sich der Einbringer einer Übermittlungsstelle zu bedienen hat.

**Zuletzt aktualisiert am**

21.04.2015

**Gesetzesnummer**

10000009

**Dokumentnummer**

NOR40072333

**European Legislation Identifier (ELI)**

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89b/NOR40072333>

**Kurztitel**

Gerichtsorganisationsgesetz

**Kundmachungsorgan**

RGBl. Nr. 217/1896 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/2022

**Typ**

BG

**§/Artikel/Anlage**

§ 89c

**Inkrafttretensdatum**

01.05.2022

**Außerkrafttretensdatum**

## Abkürzung

GOG

## Index

14/02 Gerichtsorganisation

## Text

**§ 89c.** (1) Für Eingaben im elektronischen Rechtsverkehr gelten die Bestimmungen über den Inhalt schriftlicher Eingaben; sie bedürfen keiner Gleichschriften und Rubriken. Soweit solche benötigt werden, hat das Gericht die entsprechenden Ausdrücke herzustellen. Eingaben im elektronischen Rechtsverkehr entfalten auch die Rechtswirkungen der Schriftlichkeit im Sinne des § 886 ABGB.

(2) Soweit dies in der Verordnung nach § 89b Abs. 2 angeordnet ist,

1. sind die Eingaben mit einer geeigneten elektronischen Signatur zu unterschreiben;
2. kann auch ein anderes sicheres Verfahren, das die Authentizität und die Integrität des übermittelten elektronischen Dokuments sicherstellt, angewandt werden;
3. sind Beilagen zu elektronischen Eingaben in Form von elektronischen Urkunden (Urschriften oder elektronischen Abschriften von Papierurkunden) anzuschließen.

(2a) Nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten können Unterschriften insbesondere unter Urschriften gerichtlicher Erledigungen und Protokolle elektronisch geleistet werden. Eine Unterschrift ist in Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit in zivilgerichtlichen Verfahren mittels handschriftlicher Unterfertigung oder mittels einer qualifizierten elektronischen Signatur (Art. 3 Z 12 eIDAS-VO) zu leisten. Gerichtsinterne Anordnungen bedürfen keiner qualifizierten elektronischen Signatur. Wird eine Unterschrift mittels qualifizierter elektronischer Signatur geleistet, so ist dies auf dem unterzeichneten Dokument auf eine Art und Weise sichtbar zu machen, die es ermöglicht, zu erkennen und zu überprüfen, von wem die Unterschrift stammt.

(3) Für elektronisch übermittelte gerichtliche Erledigungen gelten die Bestimmungen über den Inhalt schriftlicher Ausfertigungen gerichtlicher Erledigungen. In der Ausfertigung ist zwingend der Name des Entscheidungsorgans anzuführen. Die Ausfertigungen gerichtlicher Erledigungen sind mit der elektronischen Signatur der Justiz zu versehen, soweit dies in der Verordnung nach § 89b Abs. 2 vorgesehen ist. Die elektronische Signatur der Justiz ist eine fortgeschrittene elektronische Signatur. Soweit die Rückführung der Ansicht des gesamten Dokuments in eine Form, die die Signaturprüfung zulässt, möglich ist, gelten für die Prüfbarkeit der elektronischen Signatur der Justiz und die Rückführbarkeit von Ausdrucken § 19 Abs. 3 und § 20 E-GovG.

(4) Der Bundesminister für Justiz hat die notwendigen Zertifizierungsdienste für die elektronische Signatur der Justiz sowie die qualifizierten elektronischen Signaturen der zur Überbeglaubigung berechtigten Organe sicherzustellen. Jede Verwendung der elektronischen Signatur der Justiz ist automationsunterstützt in einem Protokoll, das den Namen des Anwenders ausweist, festzuhalten. Dieses Protokoll ist mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

(5) Nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten sind

1. Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Verteidigerinnen und Verteidiger in Strafsachen,
2. Notarinnen und Notare,
3. Kredit- und Finanzinstitute (§ 1 Abs. 1 und 2 BWG),
4. Unternehmen gemäß § 1 Abs. 1 Z 1, 2, 4, 6, 7 und 8 des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016 (VAG 2016), BGBl. I Nr. 34/2015,
5. Sozialversicherungsträger (§§ 23 bis 25 ASVG, § 15 GSVG, § 13 BSVG, § 9 B-KUVG, § 4 NVG 1972),
6. Pensionsinstitute (§ 479 ASVG), die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (§ 14 BUAG), die Pharmazeutische Gehaltskasse (§ 1 Gehaltskassengesetz 2002), der Insolvenz-Entgelt-Fonds (§ 13 IESG) und die IEF-Service GmbH (§ 1 IEF-G),
7. der Dachverband der Sozialversicherungsträger (§ 31 ASVG),
8. die Finanzprokuratur (§ 1 ProkG) und
9. die Rechtsanwaltskammern

zur Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr verpflichtet.

(5a) Sachverständige sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher sind nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten, insbesondere zum Zweck der Übermittlung von Gutachten oder Übersetzungen, zur Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr (§ 89a) verpflichtet. Diese Verpflichtung entfällt, wenn die Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr für die Sachverständige oder den Sachverständigen oder die Dolmetscherin oder den Dolmetscher im Einzelfall nicht zumutbar ist; dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie mit einem unverhältnismäßigen Aufwand für die Sachverständige oder den Sachverständigen oder die Dolmetscherin oder den Dolmetscher verbunden wäre, etwa im Hinblick auf die geringe Zahl an Bestellungen. Von der Nutzung des elektronischen Rechtsverkehrs kann abgesehen werden, wenn diese im Einzelfall, insbesondere im Hinblick auf den Gutachtensgegenstand oder die Verwertbarkeit des Gutachtens, unzutunlich ist. Für im elektronischen Rechtsverkehr übermittelte Gutachten oder Übersetzungen entfällt das Erfordernis der Unterfertigung.

(6) Ein Verstoß gegen Abs. 5 oder Abs. 5a ist wie ein Formmangel zu behandeln, der zu verbessern ist.

*(Anm.: Abs. 7 mit Ablauf des 30.9.2012 außer Kraft getreten)*

### **Anmerkung**

ÜR: Art. X § 2, [BGBl. I Nr. 92/2006](#)

EG/EU: Art. XVI, [BGBl. I Nr. 111/2007](#); Art. 1, [BGBl. I Nr. 34/2015](#); Art. 25, [BGBl. I Nr. 50/2016](#)

### **Schlagworte**

Grundbuchverfahren

### **Im RIS seit**

15.04.2022

### **Zuletzt aktualisiert am**

15.04.2022

### **Gesetzesnummer**

10000009

### **Dokumentnummer**

NOR40243586

### **European Legislation Identifier (ELI)**

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89c/NOR40243586>

### **Kurztitel**

Gerichtsorganisationsgesetz

### **Kundmachungsorgan**

[RGBl. Nr. 217/1896](#) zuletzt geändert durch [BGBl. I Nr. 26/2012](#)

### **Typ**

BG

### **§/Artikel/Anlage**

§ 89d

### **Inkrafttretensdatum**

01.05.2012

### **Außerkrafttretensdatum**

### **Abkürzung**

GOG

### **Index**

14/02 Gerichtsorganisation

### **Text**

**§ 89d.** (1) Elektronische Eingaben (§ 89a Abs. 1) gelten als bei Gericht angebracht, wenn ihre Daten zur Gänze bei der Bundesrechenzentrum GmbH eingelangt sind. Ist vorgesehen, daß

die Eingaben über eine Übermittlungsstelle zu leiten sind (§ 89b Abs. 2), und sind sie auf diesem Weg bei der Bundesrechenzentrum GmbH tatsächlich zur Gänze eingelangt, so gelten sie als bei Gericht mit demjenigen Zeitpunkt angebracht, an dem die Übermittlungsstelle dem Einbringer rückgemeldet hatte, daß sie die Daten der Eingabe zur Weiterleitung an die Bundesrechenzentrum GmbH übernommen hat.

(2) Als Zustellungszeitpunkt elektronisch übermittelter gerichtlicher Erledigungen und Eingaben (§ 89a Abs. 2) gilt jeweils der auf das Einlangen in den elektronischen Verfügungsbereich des Empfängers folgende Werktag, wobei Samstage nicht als Werktage gelten.

### **Schlagworte**

Bundesrechenamt, Einbringung, Mailbox

### **Im RIS seit**

20.04.2012

### **Zuletzt aktualisiert am**

21.04.2015

### **Gesetzesnummer**

10000009

### **Dokumentnummer**

NOR40137951

### **European Legislation Identifier (ELI)**

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89d/NOR40137951>

### **Kurztitel**

Gerichtsorganisationsgesetz

### **Kundmachungorgan**

RGBl. Nr. 217/1896 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2004

### **Typ**

BG

### **§/Artikel/Anlage**

§ 89e

### **Inkrafttretensdatum**

01.01.2005

### **Außerkrafttretensdatum**

### **Abkürzung**

GOG

### **Index**

14/02 Gerichtsorganisation

### **Text**

#### **Haftung für IT-Einsatz**

**§ 89e.** (1) Für die durch den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik verursachten Schäden aus Fehlern bei der Führung gerichtlicher Geschäfte einschließlich der Justizverwaltungsgeschäfte sowie der dafür notwendigen Register und sonstigen Geschäftsbehelfe und der öffentlichen Register haftet der Bund. Die Haftung ist ausgeschlossen, wenn der Schaden durch ein unabwendbares Ereignis verursacht wird, das weder auf einem Fehler in der Beschaffenheit noch auf einem Versagen der Mittel der automationsunterstützten Datenverarbeitung beruht. Im Übrigen ist das Amtshaftungsgesetz, BGBl. Nr. 20/1949, anzuwenden.

(2) Bei der elektronischen Übermittlung von Eingaben und Erledigungen haftet der Bund nach Abs. 1, sofern der Fehler entstanden ist

1. bei Daten, die an das Gericht übermittelt worden sind, ab ihrem Einlangen bei der Bundesrechenzentrum GmbH;
2. bei Daten, die vom Gericht zu übermitteln sind, bis zu ihrem Einlangen im Verfügungsbereich des Empfängers.

**Zuletzt aktualisiert am**

21.04.2015

**Gesetzesnummer**

10000009

**Dokumentnummer**

NOR40058164

**European Legislation Identifier (ELI)**

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89e/NOR40058164>

**Kurztitel**

Gerichtsorganisationsgesetz

**Kundmachungsorgan**

[RGBl. Nr. 217/1896](#) zuletzt geändert durch [BGBl. I Nr. 32/2018](#)

**Typ**

BG

**§/Artikel/Anlage**

§ 89f

**Inkrafttretensdatum**

25.05.2018

**Außerkrafttretensdatum****Abkürzung**

GOG

**Index**

14/02 Gerichtsorganisation

**Text****Auftragsverarbeiter**

**§ 89f.** (1) Der Bundesrechenzentrum GmbH obliegt nach den Vorgaben des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz und nach Maßgabe ihrer maschinellen und personellen Ausstattung die Mitwirkung an der automationsunterstützten Abwicklung von gesetzlichen Aufgaben des Justizressorts als Auftragsverarbeiter (Art. 4 Z 8 DSGVO), soweit dies der Einfachheit, Zweckmäßigkeit und Kostenersparnis dient.

(2) Die Übermittlung von Daten im Sinn des Abs. 1 durch den Auftragsverarbeiter an andere Rechtsträger ist nur auf Grund eines Auftrags eines Verantwortlichen (Art. 4 Z 7 DSGVO) zulässig; die Bestimmungen, die für das auf automationsunterstützte Datenverarbeitung umgestellte Grundbuch gelten, bleiben jedoch unberührt.

**Anmerkung**

1. Art. VII Z 2 der Novelle [BGBl. I Nr. 92/2006](#) lautet: „Im Art. VII wird Z 2 dahingehend abgeändert, dass die Wortfolge „Führung von Gerichtsverfahren“ durch die Wortfolge „Abwicklung von gesetzlichen Aufgaben des Justizressorts“ ersetzt werden.“, richtig wäre: „In § 89f Abs. 1 wird die Wortfolge „Führung von Gerichtsverfahren“ durch die Wortfolge „Abwicklung von gesetzlichen Aufgaben des Justizressorts“ ersetzt.“.

2. ÜR: Art. X § 2, [BGBl. I Nr. 92/2006](#)

3. EG/EU: Art. 115 Abs. 1, [BGBl. I Nr. 32/2018](#)

**Im RIS seit**  
08.06.2018

**Zuletzt aktualisiert am**  
08.06.2018

**Gesetzesnummer**  
10000009

**Dokumentnummer**  
NOR40202953

**European Legislation Identifier (ELI)**  
<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89f/NOR40202953>

**Kurztitel**  
Gerichtsorganisationsgesetz

**Kundmachungsorgan**  
RGBl. Nr. 217/1896 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 32/2018

**Typ**  
BG

**§/Artikel/Anlage**  
§ 89g

**Inkrafttretensdatum**  
25.05.2018

**Außerkrafttretensdatum**

**Abkürzung**  
GOG

**Index**  
14/02 Gerichtsorganisation

**Text**

### **Übermittlung an Empfänger im Ausland**

**§ 89g.** Die Gerichte und Justizverwaltungsbehörden sind zur Übermittlung aller gesetzmäßig ermittelten und verarbeiteten Daten an diejenigen Empfänger im Ausland ermächtigt, welche als solche nach den bestehenden Rechtsvorschriften vorgesehen sind.

**Anmerkung**  
EG/EU: Art. 115 Abs. 1, BGBl. I Nr. 32/2018

**Im RIS seit**  
08.06.2018

**Zuletzt aktualisiert am**  
08.06.2018

**Gesetzesnummer**  
10000009

**Dokumentnummer**  
NOR40202954

**European Legislation Identifier (ELI)**  
<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89g/NOR40202954>

**Kurztitel**  
Gerichtsorganisationsgesetz

**Kundmachungsorgan**

RGBl. Nr. 217/1896 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2004

**Typ**

BG

**§/Artikel/Anlage**

§ 89h

**Inkrafttretensdatum**

01.01.2005

**Außerkrafttretensdatum****Abkürzung**

GOG

**Index**

14/02 Gerichtsorganisation

**Text****Amtshilfe der Sozialversicherungsträger**

**§ 89h.** Die Sozialversicherungsträger und deren Hauptverband <sup>(Anm. 1)</sup> haben den Gerichten auf deren Ersuchen Auskünfte über verfahrenserhebliche Umstände zu erteilen; die Ersuchen und die Auskünfte haben möglichst automationsunterstützt zu erfolgen (§ 31 Abs. 4 Z 3 lit. b ASVG). Vorschriften, die für bestimmte Verfahren besonderes anordnen, bleiben unberührt.

(\_\_\_\_\_)

*Anm. 1: „Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger“ ab 1.1.2020 ersetzt durch „Dachverband der Sozialversicherungsträger“, vgl. § 720 ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, idF BGBl. I Nr. 100/2018)*

**Zuletzt aktualisiert am**

24.05.2019

**Gesetzesnummer**

10000009

**Dokumentnummer**

NOR40058166

**European Legislation Identifier (ELI)**

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89h/NOR40058166>

**Kurztitel**

Gerichtsorganisationsgesetz

**Kundmachungsorgan**

RGBl. Nr. 217/1896 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 61/2022

**Typ**

BG

**§/Artikel/Anlage**

§ 89i

**Inkrafttretensdatum**

01.05.2022

**Außerkrafttretensdatum****Abkürzung**

GOG



## Index

14/02 Gerichtsorganisation

## Text

### Akteneinsicht

**§ 89i.** (1) Soweit Parteien und Beteiligten ein Recht auf Akteneinsicht zusteht, haben sie nach Maßgabe der vorhandenen technischen Möglichkeiten Anspruch darauf, Ablichtungen der ihre Sache betreffenden Akten und Aktenteile zu erhalten.

(2) Den Parteien kann auch elektronische Einsicht in sämtliche gemäß § 219 Abs. 1 ZPO oder den §§ 51, 57 Abs. 2 und 68 Abs. 1 und 2 StPO zugängliche, ihre Sache betreffende Daten, die in der Verfahrensautomation Justiz gespeichert sind, nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten sowie unter Bedachtnahme auf eine einfache und sparsame Verwaltung und eine ausreichende Sicherung vor Missbrauch durch dritte Personen ermöglicht werden.

(3) Bei digital geführten Akten in zivilgerichtlichen Verfahren ist den Parteien elektronische Einsicht zu ermöglichen. Die Einsicht in Akten des Insolvenzverfahrens setzt voraus, dass die Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eingetreten sind.

(4) Das verfahrensführende Gericht hat auch im Gerichtsgebäude Einsicht mit Hilfe geeigneter technischer Vorrichtungen zu gewähren; die Parteien sind erforderlichenfalls hiebei zu unterstützen. Auf Antrag einer Partei ist ihr Einsicht auch durch Ausdrücke zu gewähren.

(5) Jedes Bezirksgericht und jedes Justizservicecenter hat im Gerichtsgebäude die für eine selbständige Akteneinsicht erforderlichen technischen Vorrichtungen bereit zu stellen; die Parteien sind erforderlichenfalls hiebei zu unterstützen.

### Anmerkung

EG/EU: Art. XVI, [BGBl. I Nr. 111/2007](#); Art. 115 Abs. 1, [BGBl. I Nr. 32/2018](#)

### Schlagworte

Einsicht, Teile

### Im RIS seit

15.04.2022

### Zuletzt aktualisiert am

15.04.2022

### Gesetzesnummer

10000009

### Dokumentnummer

NOR40243587

### European Legislation Identifier (ELI)

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89i/NOR40243587>

### Kurztitel

Gerichtsorganisationsgesetz

### Kundmachungsorgan

[RGBl. Nr. 217/1896](#) zuletzt geändert durch [BGBl. I Nr. 136/2011](#)

### Typ

BG

### §/Artikel/Anlage

§ 89j

### Inkrafttretensdatum

01.01.2012

### Außerkräftretensdatum

### Abkürzung

GOG

## **Index**

14/02 Gerichtsorganisation

## **Text**

### **Ediktsdatei**

**§ 89j.** (1) Der Bundesminister für Justiz hat eine allgemein zugängliche Datenbank (Ediktsdatei) einzurichten, in die von den Gerichten die Daten jener gerichtlichen Bekanntmachungen aufzunehmen sind, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften durch die Aufnahme in die Ediktsdatei bekanntzumachen sind. Wird eine solche Bekanntmachung angeordnet, so treten ihre Wirkungen mit der Aufnahme ihrer Daten in die Ediktsdatei ein.

(2) Ist in Verfahrensgesetzen oder sonstigen Rechtsvorschriften ein Anschlag an der Gerichtstafel angeordnet, so kann dieser Anordnung auch durch eine Aufnahme in die Ediktsdatei entsprochen werden, sofern dies dem Zweck der Bekanntmachung entspricht. Die betreffenden Daten sind dabei für den jeweils vorgesehenen Zeitraum zur Abfrage zur Verfügung zu stellen.

(3) Fehler von Dateneingaben in die Ediktsdatei und fehlerhafte Abfragemöglichkeiten sind auf Antrag oder von Amts wegen von dem Gericht zu berichtigen, das für jenes Verfahren zuständig ist, in dem die Bekanntmachung vorgenommen worden ist. Der Antrag kann von jedem gestellt werden, der von einem Fehler der Dateneingabe oder ihrer Abfragbarkeit betroffen ist.

### **Anmerkung**

Die Ediktsdatei ist im Internet unter [www.edikte.justiz.gv.at](http://www.edikte.justiz.gv.at) abfragbar.

### **Schlagworte**

AHG

### **Im RIS seit**

13.01.2012

### **Zuletzt aktualisiert am**

21.04.2015

### **Gesetzesnummer**

10000009

### **Dokumentnummer**

NOR40134434

### **European Legislation Identifier (ELI)**

<https://www.ris.bka.gv.at/eli/rgbl/1896/217/P89j/NOR40134434>